

Eröffnung der Reparationsverhandlungen Der fünfte Lösungsversuch

Die Reichsregierung hat durch den deutschen Generalkonsul in Basel der V.S.G. eine Denkschrift übergeben lassen, durch die die Einberufung des Sonderausschusses zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit beantragt wird. Der erste Teil der Denkschrift enthält eine Uebersicht über die bisherigen Schritte in der Reparationsfrage, als deren Endergebnis gewissermaßen der Einberufungsantrag zu betrachten ist. Im zweiten Teil wird ausgeführt, welche Befugnisse der Sonderausschuß haben sollte. Diese Befugnisse sollen sich auch auf die private Verschuldung Deutschlands beziehen. Dies ist zwar eine einseitige Erklärung Deutschlands, aber sie ist mit Zustimmung der französischen Regierung, mit der eingehend darüber verhandelt worden ist, zustande gekommen.

In der Denkschrift heißt es zum Schluß: „Nach dem Youngplan ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß sie im guten Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Wahrung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausbleibenden Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“. Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Inkraftsetzung des Youngplans ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuß die Aufgaben zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist.“

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Bedenkenung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderausschuß unverzüglich zusammentritt und seine Arbeiten so schnell wie möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen erfolgen kann, die für die alsbald zu fassenden Beschlüsse zuständig sind.

Das Spiel kann nun also beginnen. Vorerst wird vom beratenden Ausschuss nach den Anweisungen des Youngplans untersucht werden, ob „die Wahrung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des unauflöslichen Teils der Jahresraten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“. Jedermann weiß, daß Deutschlands Wahrung und Wirtschaftsleben logisch zusammenbrechen würden, wenn es nach Ablauf des Hooverjahres den Tributtransfer d. h. die Tributzahlung in Auslandswährung wieder in Gang zu bringen versuchen wollte. Jedermann weiß auch, daß der Tributtransfer, den Deutschland in der Vergangenheit versucht hat, die Hauptursache seiner privaten Verschuldung ist. Nichts brauchte also den beratenden Ausschuss davon abzuhalten, auch diese private Verschuldung in den Kreis seiner Untersuchung einzubeziehen. Da der Ausschuss aber weiter nichts tun kann, als das Ergebnis seiner Studien den beteiligten Regierungen zu unterbreiten, so wird dem ersten rein formalen Schritt ein zweiter erst dann folgen können, wenn die Regierungen — von Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan und Amerika — am runden Tisch zusammenkommen. Was noch vor Weihnachten der Fall sein soll.

Immerhin wird einiges darauf ankommen, wie der Bericht aussieht, den der beratende Ausschuss den Regierungen erstattet, und dafür wird es nicht gleichgültig sein, wie der Ausschuss zusammengesetzt ist. Die Präsidenten der sieben beteiligten Notenbanken haben in den Ausschuss je eine Person zu entsenden, die weder mit ihrer heimischen Notenbank, noch mit ihrer heimischen Regierung „in amtlicher Verbindung“ steht. Nach dem Youngplan-Papier also soll ein Ausschuss von „unabhängigen Sachverständigen“ zusammenkommen, wobei wir uns erinnern wollen, daß die Körperschaft, die uns den Youngplan beschert hat, angeblich auch aus unabhängigen Sachverständigen bestehen sollte. Der beratende Ausschuss hat das Recht der Auswahl von vier weiteren „unabhängigen Sachverständigen“, ein Recht, das für die vernunftgemäße Behandlung der einschlägigen Fragen sehr wertvoll werden kann, das uns aber auch böse Ueberraschungen bereiten kann. Von diesen vier sollen mindestens drei den sogenannten „neutralen Ländern“ angehören, also Schweden, Holland und Schweden. Sachverständige, die der Wahrheit und nicht dem Verkauf System dienen wollen, können auch im Rahmen des Youngplans allerhand nützliche Arbeit leisten. Da steht z. B. — allerdings nur in einem Nebenjah — in dem Abschnitt über die deutsche Industriebelastung schwarz auf weiß, daß der Youngplan die deutsche Regierung in den

Tagespiegel

Der Reichskanzler empfängt am Montag wieder Führer der Sozialdemokratischen Partei zu einer Besprechung agrarpolitischer Fragen und der Winterhilfe.

Stand sehen werde, neue irdische Erleichterungen durchzuführen. Wie eine selbstverständliche Voraussetzung für den ganzen Plan ist das hingeschrieben. Tatsächlich hat der Versuch, den Youngplan zu erfüllen, die deutsche Regierung zu steuerlichen Mehrbelastungen in unerhörtem Ausmaß gezwungen. Schon daraus ergibt sich also die Undurchführbarkeit des Youngplans, mit ungeschützter oder ohne ungeschützte Jahresrate. Wirklich unabhängige Sachverständige könnten, wenn sie so vom Sinn des Youngplans ausgehen, nur zu dem Ergebnis kommen, der Plan selbst habe keine Unmöglichkeit bewiesen. Frankreich aber will nicht, daß vom Sinn ausgegangen werde, sondern von der Form. Es will schon, daß für die Dauer der Weltkrise Deutschland Erleichterungen bewilligt werden, die es vor dem Zusammenbruch bewahren; aber es will auch, daß die Ursache der Weltkrise, die Fehlleitung des Kapitals durch Tribute, wofür es keine wirtschaftlichen Gegenleistungen gibt, erhalten bleibe. Und zwar mindestens in Gestalt der ungeschützten Tributrate. Ob der Sonderausschuß „unabhängiger Sachverständiger“ es wagen wird, über diesen Widerspruch einen deutlichen Ton zu reden? Ob er es wagen wird, zu erklären: Wenn über den ungeschützten Teil des Youngtributs nicht geredet werden darf, hat alles Reden keinen Zweck?

Da das nicht ganz wahrscheinlich ist, so fordert Deutschland gleichzeitig die Einberufung des Stillhalteausschusses, jenes Ausschusses, der den wünschenswerten deutlichen Ton schon einmal geredet hat, indem er nämlich klipp und klar feststellte, daß die unsinnige Tributpolitik die Ursache der Weltwirtschaftskrise sei. Tatsächlich werden also in Basel zwei Ausschüsse nebeneinander tagen: Der Sonderausschuß der Basler Tributbank, der beratende Vorarbeit für die demnächst fällige Konferenz der Regierungen leisten soll, und der Ausschuss der privaten Gläubiger Deutschlands, der die dringlichere Frage zu lösen hat, was werden soll, wenn Ende Februar das Stillhalteabkommen abläuft.

Wir werden aber damit zu rechnen haben, daß Frankreich gerade diesem sinngemäßen Miteinanderarbeiten beider Ausschüsse den jähesten Widerstand entgegenzusetzen wird. Den zu brechen, werden wir allein nicht imstande sein. Hier werden schon England und Amerika aus ihrer Zurückhaltung heraustreten müssen, wenn es einen Zweck haben soll, daß nach dem vorbereitenden ersten Schritt noch weitere Schritte getan werden. Und doch liegt bei diesem weiteren Schritt, vor allem bei der Konferenz der Regierungen, die Entscheidung über das Schicksal der Welt. Es muß aber Aussicht auf einen vernünftigen Ausgang dieser weiteren Schritte vorhanden sein, wenn der erste Schritt für unsere Sorge erster Ordnung, für das Stillhalteproblem, eine tragbare Lösung bringen soll. So fährt jede Ueberlegung immer wieder dahin, daß die beiden Aufgaben, die Frankreich um jeden Preis auseinanderhalten möchte, die Tributfrage und die Frage der privaten Verschuldung, innerlich organisch und unlösbar miteinander verbunden sind. Daraus darf sich die Hoffnung gründen, daß die Logik der Tatsachen sich schließlich doch durchsetzen werde.

Die Erfahrungen aus früheren Reparationsverhandlungen lehren uns, daß das Ringen um den fünften Lösungsversuch, der jetzt einsetzt, nachdem vier andere — darunter ein als „endgültig“ bezeichnetes, nämlich der Youngplan — gescheitert sind, hart und zäh sein werden wird. Unsere Lage erlaubt es uns nicht, daß wir diesmal die Nerven verlieren und einer Lösung, die uns nicht tragbar erscheint, auch unter Druck zustimmen. Als Leitfaden in den unvermeidlichen Verhandlungskrisen hat für uns das Wort Stegerwalds zu gelten, daß es sich für uns darum handle, in der nächsten Zeit die Zähne zusammenzubeißen oder uns auf lange Zukunft in Abhängigkeit und Unterwerfung zu begeben.

Die Aufnahme in Paris

„Excelsior“ schreibt: Die deutsche Denkschrift kann beim besten Willen nicht als ein Anzeichen für eine befriedigende Annäherung des französischen und deutschen Standpunkts in der Frage der Reparationen und kurzfristigen Kredite angesehen werden. Es wird Aufgabe des französischen Vertreters sein, die Verhandlungen nicht über den Rahmen des Youngplans hinausgehen zu lassen und nicht zu gestatten, daß zwischen der Regelung der ungeschützten Tributleistungen und der Bezahlung der eingefrorenen Kredite eine Verbindung hergestellt wird.

Einen ähnlichen Standpunkt nehmen die meisten anderen Blätter ein.

Die Meinung in England

Die Londoner Presse erfährt fast übereinstimmend, daß es Deutschland unmöglich sein werde, neben der Bereinigung der Privatschulden noch Tribute, und seien es auch nur die „ungeschützten“, zu bezahlen. Die bisherigen Vorkommnisse habe

es mit einer großen Arbeitslosigkeit und einer empfindlichen Schwächung der Reserven der Reichsbank bezahlt. „Daily Express“ sagt: Die deutsche Denkschrift sei ein neuer SOG-Ruf.

Bankierkonferenz in Washington?

London, 22. Nov. Der New Yorker Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, in New Yorker Finanzkreisen gehen Gerüchte über eine Bankierkonferenz in Washington zu neuerlicher Erwägung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage.

Sonderausschuß und Stillhalteverhandlungen

Die Privatgläubiger nach Berlin eingeladen

Berlin, 21. Nov. Halbamtlich wird mitgeteilt: In den Presseerörterungen über die deutsche Denkschrift auf Einberufung des Baseler Sonderausschusses wird zum Teil behauptet, daß gleichzeitig mit dessen Verhandlungen in Basel Verhandlungen über die Regelung der Stillhaltefrage ebenfalls in Basel und von den gleichen Sachverständigen geführt werden sollen. Diese Darstellung ist unrichtig. Beide Fragen haben formal nichts miteinander zu tun und können auch nicht in „gemeinsamen“ Verhandlungen von den gleichen Sachverständigen erörtert werden. Dies ist schon deshalb unmöglich, weil voraussichtlich die Besprechungen über die Stillhaltefragen zunächst in Berlin erfolgen werden.

Der deutsche Schuldner-Ausschuß hat die Vertreter der beteiligten Gläubigerländer nämlich jetzt zu Besprechungen über die weitere Regelung der privaten Schulden nach Ablauf des Stillhalteabkommens nach Berlin eingeladen. Bei diesen Verhandlungen ist Deutschland durch den sogenannten Schuldnerausschuß, das ist der frühere Bankenausschuß, vertreten. Außer diesem Ausschuss werden Vertreter der Reichsbank und der Golddiskontbank teilnehmen. Eingeladen sind die elf Ausschüsse der privaten Gläubiger, d. h. die Bankvertreter von Amerika, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden und der Schweiz.

Neue Nachrichten

Die Schlußitzungen des Wirtschaftsbeirats

Berlin, 22. Nov. Die beiden Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats treten am Sonntag um 11 Uhr zu ihren abschließenden Beratungen zusammen. Die gemeinsame Schlußitzung unter Vorsitz des Reichspräsidenten wird dann am Montag vormittag stattfinden.

Zu dem Schreiben der ausgetretenen drei Vertreter der Landwirtschaft wird von Seiten der Regierung erklärt, daß die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Reichsregierung, in eigener Entschliebung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, durch die Arbeiten des Beirats in keiner Weise berührt werden sollte. Es sei daher nicht berechtigt, der Regierung Mangel an Initiative in den Verhandlungen des Beirats vorzuwerfen.

Eine halbe Milliarde Fehlbetrag in Preußen

Berlin, 22. Nov. Der preußische Haushalt für 1932, mit dem sich das preußische Kabinett bereits befaßt hat, weist einen Fehlbetrag von nahezu einer halben Milliarde RM. aus. Wie TL. erfährt, hat das Reich Bedenken geäußert gegen einen Haushaltsplan von solcher Höhe. Der Fehlbetrag ist in der Hauptsache zurückzuführen auf den Rückgang der Reichsüberweisungen, auf den Mindereinzug der Hauszinssteuer infolge der Kürzung um 20 v. H. zugunsten der Hauseigentümer und auf die Kürzung um 12 v. H. für die kommunale Entschuldungsaktion. Dazu kommt, daß die preußischen Forsten nicht nur keinen Ueberschuß mehr bringen, sondern auch noch Zuschüsse erfordern.

Die Erlasse Seeverings

Berlin, 22. Nov. Der preußische Innenminister Seevering hat die bereits angekündigten Erlasse an die preußischen Polizeibehörden hinausgegeben. Der erste betrifft das vorbeugende Rede- und Versammlungsverbot gegen radikale Parteien und Organisationen, der zweite verbietet die Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren, der dritte verbietet nächtliche Geländeübungen und Märsche.

Schlimme Finanzlage in Mecklenburg-Strelitz

Neustrelitz, 22. Nov. Auf dringendes Verlangen des Ministers v. Reibnitz (Soz.) ist der Landtag für Mecklenburg-Strelitz auf 26. November einberufen worden. Die Finanzlage des Landes hat sich so verschlimmert, daß die Regierung keinen andern Ausweg mehr weiß, als dem Landtag den schon einmal abgelehnten Antrag vorzulegen, die Selbständigkeit des Landes aufzugeben und sich Preußen anzuschließen.

Auflösung des Arbeiterchuldbunds in Danzig

Danzig, 22. Nov. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten

ten ist der Arbeiterschuhbund aufgelöst worden. Die Veranlassung hierzu waren die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterschuhbändlern bei Kahlbude am vergangenen Sonntag, bei denen ein Nationalsozialist erschossen worden war.

Boncour verläßt die Sozialisten

Paris, 22. Nov. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, der Sozialist Paul Boncour, wird diesen Posten aufgeben, nachdem er zum Senator gewählt worden ist. Im Senat wird er sich aber nicht der sozialistischen Partei anschließen, sondern sich von der Partei trennen. Paul Boncour, der bekanntlich schärfster Militarist ist, hat den Ehrgeiz, Kriegs- oder Außenminister, wenn möglich Ministerpräsident zu werden. — Paul Boncour geht damit den für die politischen Größen Frankreichs üblichen Weg: man läßt sich als Sozialist in die Kammer wählen, und wenn man dann sich einen gewissen politischen Namen gemacht hat, wechselt man die Farbe und wird Regierungsmann. Fast alle „Größen“ in Frankreich haben seit 60 Jahren diesen Weg gemacht.

Beruhigende Erklärung Japans an Moskau

Tokio, 22. Nov. Der Stellvertreter des Außenministers, Nagai, gab im Auftrag der Regierung dem Geschäftsträger der Sowjetunion eine Erklärung ab, warum die japanischen Truppen genötigt gewesen seien, die (russische) Ostsibirische Bahn nicht beschädigt werde. Wenn der neue chinesische Bahnschutzkommandant in Tschifur Eintreffen und die Ordnung wiederherstellen, werden die japanischen Truppen nach Süden abmarschieren. Der Zeitpunkt lasse sich aber noch nicht genau angeben.

Japan gegen einen Waffenstillstand in der Mandschurei

Tokio, 22. Nov. Der japanische Vertreter in Paris hat die Weisung erhalten, jeden Vorschlag eines Waffenstillstands von der Mandschurei abzulehnen, da ein solcher nur gemacht werden könnte, wenn ein „Kriegszustand“ bestände. Ferner würde er es den Chinesen ermöglichen, Streikkräfte von mehr als 200.000 Mann gegen 15.000 Japaner zusammenzuführen und Japan zu verhindern, sich gegen „Soldaten- und Räuberhorden“ zu verteidigen.

Nach japanischer Mitteilung kostete der japanische Angriff auf Tschifur 89 Tote und 135 Verwundete.

Notenwechsel zwischen Stimson und Schidchawa

Tokio, 22. Nov. Außenminister Schidchawa erhielt am Freitag abend eine Verbalnote Stimsons, auf die er unverzüglich antwortete. Der Wortlaut seiner Erwiderung ist nicht bekanntgegeben worden.

Vorausichtliche Zusammenfassung der Kommission für die Mandschurei

Paris, 22. Nov. Der „Matin“ bezeichnet es als wahrscheinlich, daß der Untersuchungskommission, deren Ernennung nach der Mandschurei der Völkerbundsrat beschließen will, Vertreter Amerikas, Frankreichs und Englands angehören werden. Amerika würde den Vorsitzenden stellen. Nach dem „Excelsior“ kommt dafür General Dawes in Frage.

Die „Großpensionen“

Berlin, 22. Nov. Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Bezüge der sogenannten „Großpensionäre“ werden seit geraumer Zeit, je nach der Parteinähe mehr oder weniger lebhaft oder leidenschaftlich, oft genug mit einem erheblichen Schuß Demagogie erörtert. Auch der in diesen Tagen zusammengetretene Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags hat sich in seiner Sitzung vom 20. November mit einem Antrag auf Kürzung der hohen Pensionen beschäftigt. Die Beratungen gaben Reichsfinanzminister Dietrich Gelegenheit, sich zu dieser Frage zu äußern. Der Minister führte aus, daß es bei der rechtlichen Schwierigkeit der Sache der Reichsregierung erwünscht sei, wenn durch einen verfassungsmäßig zustande gekommenen Beschluß des Reichstags und Reichsrats alle Schwierigkeiten auf diesem Gebiete ausgeräumt würden, zumal dadurch auch der ungesunden Agitation, die unter vollkommen verzerrter Darstellung der Verhältnisse betrieben werde, der Boden entzogen würde. Zur Befreiung aller rechtlichen Bedenken sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, damit die Gefahr beseitigt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch Gerichtsentscheidungen durchlöcher werden.

Im einzelnen sei hierzu noch bemerkt, daß gegenüber der auf Veranlassung der Deutschnationalen Volkspartei im

Jahre 1926 vom Reichsfinanzministerium dem Reichstage vorgelegten Denkschrift, die noch rund 740 Ruhegehaltsempfänger aus dem Bereich sämtlicher Reichsbehörden einschließlich der alten und neuen Wehrmacht aufführt, die über 12.000 Reichsmark Pension jährlich bezogen, heute infolge Verringerung der Gesamtzahl, teilweise durch Tod, teilweise durch die einengenden Bestimmungen der Notverordnung nur noch 563 Personen im Genuß einer Pension von über 12.000 Mark. Von diesen Pensionären erhält die überwiegende Zahl, nämlich 329 Personen, Pensionen zwischen 12.000 und 14.000 Mark jährlich, und nur 14 Personen über 18.000 Mark jährlich. Diese Zahlen verbleiben sich noch weiter nach unten infolge der weiteren Kürzung der Pensionen über 12.000 Mark auf Grund der Notverordnung vom 8. Oktober 1931.

Während nach der Denkschrift von 1926 für Pensionen über 12.000 RM. jährlich noch 11,2 Millionen RM. aufgebracht werden mußten, beträgt der Jahresaufwand für diese sogenannten Großpensionäre jetzt nur noch rund 7,8 Millionen RM. Durch die Festsetzung einer starren Höchstgrenze von 12.000 RM. könnten hiervon im ganzen Reich noch etwa 1 Million RM. erspart werden. Ist die Ersparnis von 1 Million RM. wirklich so groß, daß sie den Aufwand an Verbeugung und Demagogie rechtfertigt, die gerade in dieser Frage seit Jahr und Tag betrieben wird?

Die englischen Schutzzölle

London, 22. Nov. Die Regierung hat die Liste der von der am 25. November in Kraft tretenden Einfuhrwaren veröffentlicht. Die Höhe der Zölle beträgt durchweg 50 v. H. auf den Wert der Ware von 23 Warengattungen. Wo bereits ein Zoll besteht wie bei Seidenstrümpfen, Kunstseide usw., wird der neue Zoll zum alten geschlagen. Der Jahreswert in den jetzt von den Zöllen betroffenen Warengattungen beträgt etwa 400 Mill. Mark. In kurzer Zeit soll außerdem noch ein Zoll auf Stahl eingeführt werden. Von den Zöllen wird besonders Deutschland außerordentlich schwer betroffen.

Den neuen Zöllen unterliegen: Tonwaren und Steingut (ausgenommen durchscheinendes glasiertes), glasierte Kacheln, Gläsern (ausg. Leuchtkörper), Metallmöbel (ausg. solche für Krankenzimmer), Messer (ausg. chirurgische), Scheren, Rasiermesser, Werkzeuge (ausg. landwirtschaftliche wie Mistgabeln, Schaufeln, Spaten, Sensen, Sichel usw.), elektrische Staubsauger, Rundfunkapparate, Schreibmaschinen, Webwaren (ausg. gestickte und gewirkte Schals), Strümpfe ganz oder teilweise aus Seide, Leberzieher und Mäntel (ausg. imprägniert, Leder und Gummi), Papier und Papierbenutzungsgegenstände, Handschuhe (ausg. Gummi), Papier-gegenstände, Reifen und Schläuche für Fahrräder, Gummi-hosen lose, Linoleum, Wachsteinwand, Parfümerie- und kosmetische Erzeugnisse, Gegenstände aller Art für den Toilettenbedarf.

Als Antwort auf die englischen Zölle haben die Vereinigten Staaten alle englischen Einfuhrwaren mit Ausgleiszöllen belegt, soweit entsprechende amerikanische Waren von den englischen Zöllen betroffen werden.

Politische Zusammenstöße

Nachen, 22. Nov. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Bartscheid wurden auf der Straße zwei Gruppen von Nationalsozialisten von Kommunisten angegriffen. Der 23-Jährige Nationalsozialist Geurten aus Nachen wurde erstochen, zwei wurden schwer und 10 leichter verletzt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 22. November.

In der Sonntags-Sitzung des Landtags wurde mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Gewerkschaftssekretär Georg Seiger von Heilbronn, der erst im letzten Jahr als Nachfolger des Abg. Ulrich-Heilbronn in den Landtag eingetreten war und inzwischen nach Hannover versetzt worden ist, sein Landtagsmandat niedergelegt hat. Bei der dann fortgesetzten Beratung von Eingaben und Anträgen wurden u. a. im Anschluß an die gestrige Sitzung die Ausführanträge betr. Milderung der hohen Steuer-Verzugszuschläge u. w. angenommen. Den Hauptinhalt der Sitzung bildeten zwei Initiativgesetzentwürfe betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes. Zugelassen wurde einem Entwurf des Abg. Bauer (BR.) betr. Aufhebung des Art. 2 des Art. 20 des Landtagswahlgesetzes. Es handelt sich dabei um eine vom Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs bereits für ungültig erklärte Bestimmung hinsichtlich der Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Bezirks- und Landeswahlkreisl Listen. Der Regierung nur zur Kenntnisnahme und nicht, wie gewünscht, zur Berücksichtigung über-

wiesen wurden ein demokratischer Vorschlag und eine Eingabe des Verbands Württ. Gewerbetreibende und Handwerkervereinigungen. Abg. Henne (Dem.) begründete diesen Gesetzesvorschlag und wies darauf hin, daß bei einer Erneuerung im Bezirk das Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten gestärkt würde. Das Votenwahlsystem sei eine Ursache der Parteienverfallener. Die Abgeordneten Köhner (BR.) und Kühle (N.) legten dar, daß es ein ideales Wahrsystem, das alle Wünsche befriedige, nicht gebe. Bei einer Veränderung würde kaum etwas Besseres erzielt werden. Auch die Abg. Bauer (BR.), Dr. Hölscher (BR.) und Rath (DR.) wandten sich gegen die Eingabe der Gewerbetreibenden.

Dem Verwaltungsausschuß überwiesen wurde ein Antrag Köhner (BR.), das Staatsministerium möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen alsbald einer Nachprüfung unterzogen und dabei auch die von den Organisationen der deutschen Presse gemachten Vorschläge berücksichtigt werden. Eine Abänderung dieser Notverordnung soll möglichst rasch bei folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden: für die Zeit von sechs Wochen vor politischen Wahlen werden die Bestimmungen über die Anmeldeungen und Bekanntmachungen von Versammlungen, die der Vorbereitung und der Durchführung von Wahlen dienen, außer Kraft gesetzt; für Wahlflugblätter, Wahlaufrufe und Wahllokale wird die Genehmigungspflicht jeder einzelnen Ortsbehörde aufgehoben.

Die nächste Sitzung des Landtags findet am Donnerstag statt. Am 28. November wird der Landtag seine Beratungen in diesem Jahr abschließen und sich bis Januar 1932 vertagen.

Württemberg

Stuttgart, 22. November.

Hohes Alter. Der unter anderem durch seine kartographischen Arbeiten bekannte Forscher Prof. Dr. Konrad Müller konnte am Samstag den 88. Geburtstag feiern. Der unermüdete Gelehrte arbeitet zurzeit an einem Werk zur Geschichte der Kartographie.

70. Geburtstag. Am 23. November begeht der ehemalige Kommandeur der Stuttgarter Stadtpolizei zu Pferd, Ehrenritmeister Alois Graf, der Inhaber des Stuttgarter Reithauses Gallenklinge, seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar gehört dem Stadtrittercorps seit über 30 Jahren an. Es ist erstaunlich, wie stramm der Jubilar heute noch zu Pferde sitzt. Auch als Reitlehrer genießt er in den Kreisen des Stuttgarter Reitsports hohe Achtung und Anerkennung.

Neuer Landtagsabgeordneter. Als Nachfolger des zurückgetretenen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Geiger rückt auf der Heilbronn-Bezirksliste die bereits auf der Landesliste gewählte Abgeordnete Frau Hiller-Heilbronn nach. Da, wie wir hören, Frau Hiller sich für das Mandat auf der Bezirksliste entscheiden wird, rückt als ihr Nachfolger auf der Landesliste der Former Anton Arnold in Schuffenried N. Waldsee in den Landtag ein.

Gegen weitere Gehaltskürzungen. Der Württ. Beamtenbund hat sich in einer Eingabe an den württ. Landtag gewandt und erklärt, daß sich die Beamenschaft in ihren Erwartungen hinsichtlich der Befreiung der württembergischen Sondermaßnahmen enttäuscht sehe und daß die Beurlaubung der Beamenschaft durch die neuesten Ausführungen des Finanzministers, in denen die Vermutung einer seitens des Reichs spätestens auf 1. Januar 1932 erfolgenden Gehaltskürzung von 10 v. H. ausgesprochen wurde, erhöht werde. Es sei bedauerlich, daß die württ. Regierung die Sonderbelastung der württ. Beamenschaft durch eine neue Reichskürzung auszugleichen versuche, anstatt die württ. Sondermaßnahmen aufzuheben.

Der Kriegerbund schmückt die Kriegergräber. Aus Anlaß der Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkriegs am Sonntag hat der Bezirkskriegerverband Stuttgart-Stadt dank uneigennütziger Mithilfe einiger Kameraden und ihrer Frauen, sowie weitgehendem Entgegenkommen der Kunst- und Handelsgärtnerei von Ludwig Schuler die 1400 Gräber der auf dem Walsriedhof ruhenden Gefallenen mit kleinen Vorbeergebinden geschmückt.

Der Rückgang der Baufähigkeit. Im ersten Halbjahr 1931 wurden in Stuttgart nach einer Statistik des Deutschen Städtetags 554 Wohnungen (gegen 1856 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) neu erstellt, das sind 1,5 (5,4) auf 1000 Einwohner. Davon wurden 427 (77,1 v. H.) mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln geschaffen. 196 Wohnungen haben 1 bis 3 Wohnräume, 402 bis zu 6, und 36 über 6. Insgesamt wurden 2347 (7554) Wohnräume verfügbar.

Überlassung zwangsverwalteteter Neubauwohnungen an alleinstehende Personen. Auf ein Gesuch der Arbeitsgemeinschaft der Stuttgarter Frauenberufsverbände hat die

Die Spord'schen Jäger

Roman von Richard Słowronnet.

40. Fortsetzung. Rachdruck verboten.
Und er fing an, von den vielfältigen Abenteuern zu erzählen, die er im fernen Afrika erlebt hatte, als die Schwarzen sich gegen die deutsche Oberhoheit empörten.

Er hatte nämlich für die Schutztruppe kapituliert, weil ihm der Sinn schon immer in der Ferne stand. Von der faszinierenden Natur erzählte er, die so ganz anders wäre als zu Hause, von den schwarzen Menschen, die nackt herumliefen, wie der liebe Gott sie erschaffen hatte, von Märchen in heißem Sonnenbrand und kalten Nächten, während im das Lager der Wilden gleich Wölfen heulten und vergiftete Pfeile durchs Dunkel flogen. Ein feiner Riß nur, und man war ein stiller Mann! . . . Oder die Kolonne zog in langer Reihe dahin, einer hinter dem andern auf dem schmalen Niggerpfad in mannhohem Gras. Und plötzlich schrie einer auf, ein scharfer Speer steckte in seinem Rücken! Von Glück konnte er sagen, wenn der Stoß gleich tödlich war! . . . Da kam es einem kindlich vor, wenn die Brüder daheim von Gefahr sprachen, bei einem Herbststurm, der die Wasser des Wittenlees durcheinanderwarf. Gegen die Wellen konnte man sich wehren, aber gegen einen Pfeilschuß aus dem Hinterhalt war man machtlos. Genau so wie bei dem Fieber. Wochenlang tat man gesund seinen Dienst, auf einmal fiel es einen an, ganz unversehens, man kriegte hohle Backen und glänzende Augen, die Knieer wie Blei, aber an Liegenbleiben war nicht zu denken. Vorwärts, solange es ging, wer zusammenbrach, war verloren. . . . Hinter den leuchtenden Menschen kam die Wildnis, die heulenden Schakale und die Schwarzen, die oft schlimmer waren als die Tiere. . .

Heinrich Kremzow erzählte schmucklos, wie ihm der Schnabel gewachsen war, nicht von einer einzigen Helden-tat wußte er zu berichten, bei der er eine Rolle gespielt hätte. Um so stärker aber war der Eindruck bei den Hörern. In den matten Augen da drüben leuchtete es auf, und die alten Fischernetze rings um den Tisch knauten vor Aufregung mit den Fingergelenken. Der alte Traugott Claffen meinte, mit diesen schwarzen Menschenbrüdern müßte man sich überhaupt nicht einlassen, denn sie hätten keine Manieren. In Hamburg hätte er mal auf dem Dom gesehen, wie so ein wilder Kerl ein lebendiges Meerschweinchen fraß, und der Jite Bohn fragte, ob dort in Afrika alle Menschheit ohne Unterschied nackt herumgingen. Für einen anständigen Menschen müßte das doch sehr genierlich sein. Der alte Ketelsdorf aber bemerkte, sie hätten hier in Venzburg auch einen, der in Afrika gewesen, den Herrn Hauptmann Rabenhainer von der dritten Kompanie, und ob er dem da drüben zufällig begegnet wäre?

Da sprang der lange Heinrich auf und seine Augen blitzten.

„Was, mein alter Chef aus Kilmaitinde? Der ist hier?“

Und er begann ein langes Loblied auf den kleinen Rabenhainer, wie er immer der erste voran gewesen wäre, wenn ihn auch das Fieber schüttelte, wie er mit seinen Leuten jede Not und Entbehrung geteilt hätte, damals, in jenen wilden Aufstandsjahren. Und ganz schlicht erzählte er, wie es ihm vergönnt gewesen, dem verehrten Chef alle Fürsorge und Treue zu vergelten.

„Wir hatten wieder einmal so einen von den aufrührerischen Königen gefangen genommen, den Mareale von Kilmaitinde. Das heißt, König ist ein bißchen viel gesagt auf diese dreißigen Kerle, so was wie Dorfschulzen sind sie, nur

mit dem Unterschied, daß sie das Recht haben, ihren Untertanen die Nasen und Ohren abzuschneiden, was bei uns wohl nicht erlaubt ist. Also es ging nun an die Unterhandlungen, wieviel Ochsen der König zu bezahlen hätte für seine Auffälligkeit, und daß er schwören müßte, sich nie mehr wieder gegen die deutsche Oberhoheit zu empören. Das nennt man ein Schauri abhalten, und es ist eine langweilige Geschichte, weil alles von einem Dolmetscher hin und her übersetzt werden muß. Na, schließlich war alles in Ordnung. Der König hatte geschworen und kriegte auf Befehl des Chefs seine Waffen zurück. Und gerade, wie der Oberleutnant Rabenhainer ihm die Hand geben wollte zum Abschied, schreit hinter uns im Lager eins von den gefangenen Frauenzimmern auf, so gräßlich und schrecklich, daß wir uns alle umdrehten. Das aber war eine geheime Verabredung gewesen, eine niederträchtige Verräterei, um uns Weiße hinterrücks umzubringen.

Zum Glück sah ich im Umdrehen, gerade noch so im letzten Augenwinkel, daß dieser König eine Bewegung machte, und da schmiß ich mich auf eins dazwischen, der Speiß, den er unserm Chef in den Leib rennen wollte, flog an die Seite, und ich nun mit dieser Bestie ans Ringen, aber es war ein banniges Stück Arbeit, denn sie gliederte einem wie'n Hal durch die Finger, wegen dem vielen Oel, womit sie sich immer einschmierte. Aber zuletzt kriegte ich ihn doch so handgerecht, daß ich ihm die Faust zwischen die fallenden Augen setzen konnte. Ich nahm meine Pistole und schoß ihm durch den Kopf. Der Herr Oberleutnant Rabenhainer aber sagte: „Recht so, Kremzow! Mit diesem Gehirnkasten wird er keine Schlechtigkeit mehr ausbrüten.“

Fortsetzung folgt.

Wirtschaftsabteilung des Gemeinderats beschlossen, das Wohnungsamt zu ermächtigen, nach Anhörung des Wohnungsausschusses in geeigneten Fällen solche Neubauwohnungen, die mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden und die an wohnberechtigte Familien nicht oder nur schwer vermietet werden können, auch an solche alleinstehende Personen (Männer und Frauen) zu überlassen, die ihren Wohnsitz schon mindestens 1 Jahr in Stuttgart haben.

Die Verhandlungen für das Buchdruckgewerbe. Die Parteiverhandlung im Buchdruckgewerbe zwecks Abschluß eines neuen Lohnabkommens sind gescheitert. Der Unternehmerverband verlangt, wie die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet, eine Kürzung des tariflichen Spitzenlohns der Buchdrucker von 55 auf 46 RM oder um 16,36 Prozent. Er will also einen Abbau auf den Stand des Jahres 1925. Der Buchdruckerverband fordert eine Verlängerung der Geltung des Lohnsatzes bis Ende September 1932. Die Schlichterkammer entschied, die Verhandlungen bis zum 28. November auszusetzen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob für das Verdrickungsgewerbe, in das auch das Buchdruckgewerbe eingeschlossen ist, eine Arbeitszeitverkürzung eingeführt werden soll.

Senkung der Löhne und Preise im Elektrogewerbe. Zwischen dem Verband der elektrotechnischen Büros in Württemberg und Hohenzollern, dem Reichsverband des Deutschen Elektro-Installateurgewerbes, Landesverband Württemberg und Baden e. V., Bezirksgruppe Württemberg, und dem Deutschen Metallarbeiterverband fanden am 18. November 1931 Lohnverhandlungen statt. In freier Vereinbarung wurde in Erkenntnis der gegenwärtigen Verhältnisse eine Einigung auf 6prozentige Kürzung der Stundenlöhne, sowie auf Ermäßigung der Auslöschungssätze für Industrieanlagen bei längerem Aufenthalt des Monteurs abkommend. Löhnmehrung erzielt. Das Abkommen läuft bis zum 31. März 1932. Im Anschluß beschloß die Kommission der Arbeitgeberverbände die Lohnverrechnungsätze für die Kundschaft trotz gesteigerter Steuern, Soziallasten und sonstiger Geschäftskosten um den gleichen Prozentsatz zu senken.

Als vielseitiger Einbrecher haben sich die verh. Hilfsarbeiter Karl Schumacher von Gaisburg und Karl Märk von Gadenberg entpuppt. Beide sind schon seit längerer Zeit arbeitslos. Sie haben im Laufe der letzten Monate in insgesamt 45 Fällen Keller-, Wirtschafts-, Verkaufsbüroeinbrüche und Geflügeldiebstahl verübt und hauptsächlich den südlichen Stadteil, sowie den Vorort Degerloch und die Filialgemeinden Wöhlingen, Unterriem und Reinsfelden heimlich besucht. Die Diebstahlsfahrten wurden verschiedentlich mit gestohlenen Kraftwagen ausgeführt. Beide wurden verhaftet.

Stuttgart, 22. Nov. Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Handelschüler Leopold Freiherrn von Wurjach in Reichenbach a. d. Fils die Rettungsmedaille verliehen.

Approbation von Zahnärzten und Apothekern. Im Prüfungsjahr 1930/31 sind vom Innenministerium 25 Kandidaten der Zahnheilkunde, darunter eine Kandidatin, als Zahnärzte approbiert worden. Außerdem wurden 13 Bewerber (darunter 4 Bewerberinnen) als Apotheker approbiert.

Berichtigung. In dem Artikel über den „Freiwilligen Arbeitsdienst in Württemberg“ ist als Träger des Dienstes das Heimwehrwerk Stuttgart aufgeführt. Dieses Heimwehrwerk wird gebildet von der Arbeitsgemeinschaft des Vereins zur Förderung der Volksbildung, des ev. Jugendsekretariats und des Caritasverbands für Württemberg (nicht wie irrtillich angegeben Landesverband für Württemberg).

Vom Tage. Am Freitagabend wurde in der Ludwigsburgerstraße ein Mann, der die Straße überqueren wollte, von einem Kraftwagen so unglücklich erfaßt und überfahren, daß sein Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte ist ein 80jähriger Mann namens Gottlieb Schlotterbeck.

Aus dem Lande

Kemnat O. Stuttgart, 22. Nov. Ein Polizeiwagenmeister überfahren. Als gestern früh das Postauto von der am Eingang der Hohenheimer Straße gelegenen Posthilfsstelle rückwärts gegen Haupt- und Stuttgarterstraße fuhr, um dort zu wenden, wurde der Ende der fünfziger Jahre stehende Polizeiwagenmeister Rapp, der kurz vorher zusammen mit dem Chauffeur die Poststelle verließ, rückwärts von dem Auto angefahren, unter dem Wagen geschleudert und von den Hinterrädern überfahren. Mit einem schweren Schädelbruch und sonstigen Verletzungen mußte der Verunglückte in ein Stuttgarter Krankenhaus verbracht werden.

Welzheim, 22. Nov. Oberamtspfleger a. D. Luß gestorben. Im Alter von 78½ Jahren ist Oberamtspfleger a. D. Heinrich Luß gestorben. Luß war, bevor er nach Welzheim überiedete, Schultheiß in Großdeinbach. Im Dezember 1889 übernahm er das Amt des Oberamtspflegers, das er nahezu 23 Jahre lang verwaltete, bis er am 31. März 1912 in den Ruhestand trat.

Hall, 22. Nov. Meineid. Das Schwurgericht hat den 25 J. a. lebigen Metzger Wilhelm Deiningen von Oberrot O. Gaildorf wegen dreier Vergehen der Begünstigung sowie wegen eines Verbrochens des Meineids in einer Alimentenfache zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, sowie zu zweijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Bellingen O. Reutlingen, 21. Nov. Auto fährt auf das Gänninger „Fügle“ auf. Kurz nachdem der Zug Nr. 12 der Linie Reutlingen-Göppingen gestern den Bahnhof in Bellingen 18.20 Uhr verlassen hatte, fuhr am Bahnübergang der neuen Straße nach Mößlingen ein kleiner Opelwagen, von Ohmenhausen kommend, trotz der Warnungssignale der Lokomotive, auf den fahrenden Zug auf. Bei dem Zusammenstoß wurden am Zug einige Trittbretter beschädigt; der Opelwagen wurde im Kreise herumgedreht, so daß er auf die Weisen zu stehen kam. Personen wurden bei dem Zusammenstoß nicht verletzt. Der Zug konnte seine Fahrt ohne Verspätung fortsetzen.

Schweningen a. N., 22. Nov. Unlauterer Wettbewerb. Beim Amtsgericht Roitwell wurde gegen den Wehrgroßhändler Edgar Stähle von Schweningen und einen Genossen wegen unlauteren Wettbewerbs und Betrugs verhandelt. Stähle hat in den letzten Jahren in einer Reihe von Fällen geringwertiges Wehl in besseres und teureres umetikettieren lassen. Stähle wurde wegen einer fortgesetzten Handlung des Betrugs zu der Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt. An deren Stelle treten im Fall der Uneinbringlichkeit 2 Monate Gefängnis. Ein früherer Angeklagter des Stähle wurde wegen Beihilfe zu der Geldstrafe von 50 Mark verurteilt.

Göppingen, 22. Nov. Ungetreuer Darlehens-Kassen-Rechner. Das erweiterte Schöffengericht Göppingen verurteilte den verh. 54 J. a. Landwirt Joseph Rammingen von Westerheim O. Geisingen wegen fortgesetzter Untreue, Unterschlagung und erschwerter Urkundenfälschung in 77 Fällen zu der Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis. Rammingen hatte in seiner Eigenschaft als Rechner und Kassier des Darlehenskassenvereins Westerheim vom Jahr 1924 bis Frühjahr 1931 insgesamt 24 000 M. veruntreut und unterschlagen. Wohin die Gelder gebracht wurden, konnte weder erforcht noch erwiesen werden. Der Schaden, der den Mitgliedern der Darlehenskasse, besonders aber der ganzen Gemeinde als Kredit-Bürgin erwachsen ist, wurde trotz Jur.-Verfügungstellung des bisher unerschuldeten landwirtschaftlichen Anwesens des Verurteilten nur zu einem Teil gedeckt.

Folgeschwerer Zusammenstoß. Auf der Straße Göppingen-Lorch stieß der von Reichenhausen mit seinem Motorrad kommende Hans Reichardt von Göppingen mit Besfahrer mit der auf ihrem Fahrrad von Göppingen kommenden Berta Käßler aus Birenbach zusammen. Reichardt erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde bewußtlos ins Bezirkskrankenhaus Göppingen verbracht. Sein Besfahrer zog sich eine Knochenfraktur am Arm zu, während die Käßler mit erheblichen Bein- und Fußverletzungen ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden mußte.

Ulm, 22. Nov. Zwei Ulmer bei Rempten verunglückt. Als der Landwirt Berthold aus Waltenhofen am Donnerstagabend gegen 5.30 Uhr mit seinem Fuhrwerk heimwärts gegen Waltenhofen fuhr, rannte plötzlich mit scharfem Tempo ein Motorrad von hinten in seinen Wagen, sodaß bei dem Zusammenstoß sogar die Wagenachse brach. Bei dem Motorradfahrer handelt es sich um zwei Brüder, Jakob und Adolf Häge aus Ulm, beide Angestellte einer Ulmer Brauerei, die einige Urlaubstage in Immenstadt verbringen wollten und sich eben auf der Fahrt dorthin befanden. Beide erlitten Verletzungen am Kopf und am Arme. Einen besonders schweren Schädelbruch erlitt Adolf Häge. Beide wurden von der Freim. Sanitätskolonne Rempten ins Distrikthospital gebracht, wo Adolf Häge, wie das „Allgäuer Tagblatt“ meldet, in Lebensgefahr darniederliegt.

Wieder ein zahmer Gensbock. Der wilde Hansl, der sterben mußte, weil er allzu übermütig Leute anpöckelte, hat einen Nachfolger bekommen: den zahmen Hansl, einen stattlichen Gensbock, der, an der Leine geführt, im Verkehrsgehwühl der Hirschstraße gestern ruhig und sachlich die Schaufenster besichtigte.

Hörsinghausen O. Laupheim, 22. Nov. Tödlicher Flobersturz. Der 22 J. a. einzige Sohn der Fromilde Erising in Jeshöfe, dem am Samstagnachmittag infolge des vorzeitigen Losgehens des geladenen Gewehrs das Geschoß eines Floberstuzens in den Unterleib drang, so daß er sich in Ulm einer Operation unterziehen mußte, ist nun an den Folgen der schweren Verletzungen gestorben.

Boienfurt O. Ravensburg, 22. Nov. Gänse diebstahl. In der Nacht zum 14. November wurde einem Landwirt in Buzenberg aus dem Gopelhaus vier weiße, schwarzgesteckte fette Gänse gestohlen. Der Täter konnte noch nicht festgestellt werden.

Haslach O. Leutkirch, 22. Nov. Brandfall. Noch rauchen die Brandreste vom Schadenfeuer in Gopoldshofen und schon wieder ist nachts ein Bauernhof abgebrannt. Es ist dies der Jollerhof des Remigius Riegler in der Gde. Haslach, ein Einödhof an der Straße nach Hauzer gelegen. Auch dieses Gebäude war in kürzester Zeit ein Raub der Flammen. Schweine und Geflügel sind mitverbrannt, vermutlich auch Großvieh. Ob auch hier Brandstiftung vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Von der bayerischen Grenze, 22. Nov. Kleine Chronik. Durch ein Schadenfeuer wurde der große Getreidestadel der Landwirtswitwe Zentmeier in Klingensmoos mit 500 Zentner Roggenstroh, 150 Ztr. Torf, zwei Schweine und dem Hofhund in Schutt und Asche gelegt. — Die seit 6. November vermählte Chemigraphentochter Bernhardine Fröh in Donaauwörth wurde bei Kehlheim aus der Donau gejogen; man nimmt an, daß sie den Tod aus Schwermut gesucht und gefunden hat. — Am Kirchweihsonntag verunglückte der Landwirtssohn Schmid in Dirlwangen bei einem Fußballspiel. Er stürzte und brach den rechten Fuß, der vorige Woche amputiert werden mußte. Nun stellte sich Wundstarrkrampf ein, dem der junge Mann erlegen ist. — In Eutenhausen ist das Anwesen des Landwirts und Zimmermanns Kornes abgebrannt. — In später Abendstunde wurde der 22jährige Landwirtssohn Johann Hämmerle von dem 18jährigen Schreiner Josef Müller in dem elterlichen Anwesen des letzteren in Salgen in einem Zimmer entdeckt. Er wollte offenbar der Schwester des Müller einen nächtlichen Besuch abstatten. Beide kamen in einen Wortwechsel, aus dem sich eine Kauferei entwickelte, in deren Verlauf der Müller dem Hämmerle einen Stich versetzte, wodurch die Hauptschlagader durchschnitten wurde. Der Verletzte blieb auf der Flucht liegen und starb infolge Verblutung. Der Täter wurde verhaftet.

Vom bayerischen Allgäu, 22. Nov. Betrügerin. Das Gericht in Memmingen verurteilte die ledige Reisevertreterin Kreszenz Schädle zu 7 Monaten Gefängnis. Sie hatte sich bei einer Ulmer Firma fernmündlich als Reisevertreterin angeboten und gleichzeitig Bestellungen in Höhe von 800 RM. angegeben, wofür sie eine hohe Provision erhielt. Die Bestellungen waren jedoch falsch und die Bestellscheine von ihr gefälscht worden.

Kornweilheim, 22. Nov. Stürmische Wahlversammlung. In einer vom Gemeinderat einberufenen Versammlung besaßte man sich eingehend mit der Person des früheren Bürgermeisters Dr. Steimle. Altschultheiß Siller warf ihm vor, daß der Etat, den Dr. Steimle aufgestellt habe, der sicheren Grundlage entbehre. Es stehe fest, daß die Frage der Bestätigung des früheren Bürgermeisters Dr. Steimle mit einem Dienststrafverfahren zusammenhänge und daß das Ministerium Dr. Steimle suspendiert hätte, wenn dieser nicht freiwillig aus dem Amt geschieden wäre. Stadtrat Hammer berichtete über die Autofahrten von Dr. Steimle. Darunter sind 9000 Km. für reine Privat- und Liebesfahrten. Stadtrat Bühler warf Dr. Steimle vor, daß er in 10 Fällen zu Unrecht Diäten aus der Gemeindekasse erhoben habe. Schließlich erschien Dr. Steimle selbst in der Versammlung und wollte reden, wurde aber von Polizei- und Landjägerbeamten daran gehindert.

Badwang, 22. Nov. Wiederaufnahme der Arbeit. Infolge Vereinbarung der Tarifparteien in der hiesigen Lederindustrie wird am Montag die Arbeit allgemein wieder aufgenommen.

Sokales.

Wildbad, den 23. November 1931.

Der Totensonntag, der letzte Sonntag des Kirchenjahres, ist dem Gedächtnis der Toten geweiht. Zum Gedenken der Toten, namentlich der Gefallenen des Weltkriegs, fanden gestern in den Kirchen beider Konfessionen Gedächtnisgottesdienste statt, die sehr gut besucht waren. In der evang. Stadtkirche wirkte, wie in den vorhergehenden Jahren, die Kapelle des Musikvereins und der Männerchor des „Liederkranz“ mit. Erstere eröffnete den Gottesdienst mit dem „Atniederländischen Dankgebet“; letzterer sang zwei Gesänge „Selig sind des Himmels Erben“ und „Wandrer Nachtlid“. Stadtpfarrer Dauber legte seiner Predigt die Schriftworte „Christus der ist mein Leben und Sterben ist mein Gewinn“ zu Grunde. Nach Beendigung des Gottesdienstes sammelten sich die Vereine und Vertreter der Behörden auf dem Kurplatz, um in geschlossenem Zuge zum Ehrenmal auf den Waldfriedhof zu ziehen; voran ein Spielmannszug und die Kapelle des Musikvereins, Trauerweifen spielend. Auf dem Waldfriedhof eröffnete der Liederkranz die Gedenkfeier mit einem passenden Chor; die Gedächtnisrede wurde von Stadtpfarrer Fischer gehalten, dessen Worte wohl den meisten der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen waren. Im Namen der Stadtgemeinde und der gesamten Einwohnerschaft legte Stadtrat Pfa u mit bewegten Worten einen Kranz, geschmückt mit den Stadtfarben und Widmung, am Denkmal nieder. Das Lied vom guten Kameraden, vorgetragen vom Musikverein, beendete die erhebende Gedenkfeier. Infolge des schönen Wetters war der Waldfriedhof mit dem Ehrenmal gestern das Ziel zahlreicher Spaziergänger. Daß unsere Toten und die Gefallenen des Weltkriegs nicht vergessen sind, davon zeugte der reiche Kranz- und Blumenschmuck, der auf den Gräbern und am Denkmal niedergelegt war, darunter auch ein Kranz der NSDAP.

Die öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Wildbad, im Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie, E. B. am Samstag, den 21. November, im Gasthof „Alte Linde“ war gut besucht und zeitigte einen vollen Erfolg. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Herr Karl Bäder, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache und begrüßte die Erschienenen und besonders den Redner des abends, 2. Landesverbandsvorsitzenden, Herrn A. Ortwein auf herzlichste, worauf er diesem das Wort erteilte. Schon nach den ersten Worten seiner klar und wichtig wirkenden Rede, hatte er die gesamte Zuhörerschaft in seinem Banne und aller Augen hingeworfen voll Erwartung und voller Hoffnung an dem Munde des so kraftvoll für die Familie und besonders für die Belange der Großfamilie eintretenden Redners. Markig und kräftig wie seine Gestalt, so war auch die Rede. In für jedermann leicht verständlicher Weise legte er die Ziele des Reichsbundes aus und bewies schlagend die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kinderreichen im Reichsbunde, wenn sie nicht vollends ganz vom Vater Staate und den mit wenig oder gar keinen Kindern begabten Mitmenschen auf die Seite geschoben werden wollen, wie es heute leider ist. Früher und noch bis vor dem Kriege wurde die Großfamilie geachtet und geehrt und väter, Eltern, die viele Söhne ins Feld schickten konnten, denen wurde das Lied vom braven Manne gesungen. Heute sieht das Bild bedeutend anders aus, trotzdem behauptet wird, wir seien im Zeitalter des „Kindes“. In der Weimarer Verfassung sind die den Kinderreichen zustehenden Rechte ausdrücklich verankert und wie sieht aber dem gegenüber die Wirklichkeit aus? Es ist beinahe für einen Deutschen eine Schande, es auszusprechen zu müssen, aber es ist tatsächlich so, wie wir es jede Stunde mit abertausenden Beweisen belegen können, daß von der Gemeinde angefangen bis in die höchsten Regierungsstellen hinein, eine unverständliche familienmordende Politik getrieben wird und das von dem höchstentwickelten Volke der Erde! Wer stellt heute das größte Kontigent an Erwerbslosen? Die kinderreichen Familien. Und warum? Kein Arbeitgeber, mag er heißen und sein was er will, wird, wie es die Verfassung ausdrücklich verlangt, bevorzugt kinderreiche Väter beschäftigen, nicht allein wegen der vielleicht etwas höheren Bezahlung, sondern hauptsächlich deshalb, weil schon in der Gemeinde das nötige Verständnis für die Großfamilie fehlt und die maßgebenden Stellen nicht schon bei der Vergabe von Gemeindefunktionen den Unternehmern es zur unbedingten Pflicht machen, solange Verfolger kinderreicher Familien erwerbs- und brotlos sind, diese unter allen Umständen zuerst zu beschäftigen, damit der Ernährer der Familie seinen regelmäßigen Verdienst hat und dadurch die sittliche und moralische Reinhaltung der zum Staatserhalt und -Aufbau notwendigsten und wertvollsten Einheit, die Familie, nicht gefährdet wird. Aber genau so groß ist das Elend und das Unverständnis gegenüber Witwen, die drei und noch mehr Kinder groß zu ziehen haben. Wohin sie sich um Arbeit wenden, finden sie verschlossene Türen und Türen und müssen noch froh sein, wenn sie nicht von unverständigen jüngeren oder älteren Menschen mit schnoddrigen Redensarten abgepeißt werden. Nun aber die Rehrseite der Medaille. Staat und Gemeinden verlangen unbedingt als erste Pflicht, daß die Eltern ihre Kinder zu brauchbaren, sittlich und moralisch einwandfreien Menschen erziehen, damit sie später im Staats- oder Gemeindehaushalt zur Erhaltung des Gesamtgemeinwehens mithelfen können. Das ist sehr leicht zu verlangen, aber wenn etwas verlangt wird, dann muß auch etwas gewährt werden! Und da sieht es wie oben schon erwähnt, ganz mau aus im Staate Dänemark! Wo ist die Elternschaftsversicherung, die uns schon so lange versprochen wurde und keine Lausache werden will? Haben es die Beamten nicht einzig und allein den fortgesetzten Bestrebungen und Bemühungen des Reichsbundes der Kinderreichen zu verdanken, daß ihre Kinderzulagen nicht wie vorgesehen, gestrichen wurden. Sollte man da nicht glauben müssen, daß in einem Rechtsstaate gleiches Recht für alle gilt, d. h. daß auch für die in der Privatwirtschaft angestellten Arbeiter und Angestellten auf Grund der Elternschaftsversicherung die Zulagen für die Kinder gewährt werden, ohne daß Staat oder Land dadurch irgend welche Kosten oder besondere Ausgaben entstehen. Nicht wir, die Kinderreichen, sind schuld daran, daß die große Mehrzahl der Familienernährer hier ohne Arbeit und Brot sind, sondern das System, an welchem unsere ganze Wirtschaft krankt. Unternehmer und Arbeiter, Geschäftsleute und Angestellte, alle kommen über kurz oder lang unter den Schlitzen, wenn nicht mit tümlicher Beschleunigung umwälzende Gezehe geschaffen werden, bei die berechtigten Wünsche der Großfamilie berücksichtigen und damit der größte Teil der heutigen Volksnot behoben wird. Wie bei der Arbeiterzuteilung, so verhält es sich genau auch bei den Wohnungen. Wer ist im heutigen deutschen Staatsgebilde übler daran in Bezug auf menschenwürdige Wohnungen, als wir Kinderreichen? Es wird wohl gesagt, es stehen genug große Wohnungen leer,

es wird aber niemand verraten, mit was er die z. T. unverkämpt hohen Mieten bezahlen soll. Demnach ist die weitestgehende Zahl der Großfamilien auf kleine und kleinste Wohnungen angewiesen, weil da die Mieten mit Mühe und Not noch aufgebracht werden können; bei einem Großteil ist aber auch dies schon nicht mehr der Fall und sie sind nicht mehr im Stande, die Miete für Menschen unwürdige Böden, genannt Wohnungen, zu bezahlen und damit der Walfür der oft, man möchte sagen, fast immer, mit den Kinderreichen Schindluder treibenden Hausbesitzer, ausgelegt. Für die Familie ist das Gegebene das Eigenheim, erbaut unter dem Reichsheimstättengesetz. Dort wird die Liebe zu Vaterhaus und Scholle und damit zum Vaterlande hochgezogen; dort kann bei den sonstigen Vorbedingungen, der Vater und die Mutter die Kinder sittlich und moralisch zu gefestigten Menschen erziehen, dort können sich die Kinder gesund und frisch entwickeln, ohne der Laune eines unverständigen Hauswirts ausgesetzt zu sein und Redensarten mit anzuhören zu müssen, die jeder Sitte und Moral, sowie jedem Anstandsgefühl hohnsprechen. Bis es aber soweit ist, verlangen wir unter allen Umständen, laut Weimarer Verfassung, daß die Gemeinden den Großfamilien unbedingt beihilflich sind, menschenwürdige und ausreichende Wohnungen beziehen zu können und daß es den Hausbesitzern zur unbedingten Pflicht gemacht wird, wohnungsuchende Kinderreiche zu bevorzugen. Es ist doch jedem Anstands- und Sittlichkeitsgefühl ins Gesicht geschlagen, wenn Familien mit 6 und mehr Köpfen in einem und zwei Zimmern untergebracht sind. Hier muß abgeholfen werden und zwar mit allen Mitteln; verzweifelte Menschen können auch Verzweiflungstaten begehen. Wir wollen aber nicht verzweifeln leben, leben aber unter Bedingungen, die das Leben lebenswert machen, nicht vegetieren. Wenn schon kein Verständnis für uns vorhanden ist, dann müssen wir aus unserer Reserve heraustreten an die große Öffentlichkeit, unsere Vertreter hineinsenden in die Staats- und Gemeindeparlamente. Kämpfen dafür, daß die Mutter wieder Achtung und Ansehen genießt und nicht von Elementen über den Kopf angesehen wird, denen vor lauter Vergnügungen der Sinn für Familie, Mutter und Kind vollständig abhanden gekommen zu sein scheint. Darum festhalten an unserem Wahrspruch: „Aus unsern Kindern Heil!“ Die an die Rede anschließende Diskussion war sehr lebhaft und wurden die Mißstände, wie sie in hiesiger Gemeinde herrschen, besonders unter die Lupe genommen und scharf gezeigelt. Besonders bemängelt wurde von allen Anwesenden das Fehlen der Herren von den Behörden, sowie der Geistlichen und Lehrer. Besonders für die letzteren wäre es als die berufenen Erzieher der Kinder in Schule und Kirche gegeben gewesen, dem Vortrag beizuwohnen und daraus die Not und die Mängel in den einzelnen kinderreichen Familien kennen zu lernen. Aber scheinbar fehlt auch hier trotz des Berufes — das Interesse. Wir meinen, wenn wir Minister und andere maßgebende Persönlichkeiten zu unseren Mitgliedern zählen und die sich mit Stolz in jeder größeren Versammlung zu uns bekennen, so dürften wir zum Allerwichtigsten verlangen, die Betreuer unserer Kinder sich auch gelegentlich bei uns sehen lassen, was sicherlich nur zum Nutzen und Frommen beider Teile ausfallen würde. Nur wenn Eltern, Seelforger und Lehrer vereint zusammen arbeiten, kann ein höchstwertiges Ergebnis an Erziehung geleistet werden.

die schönsten Mäntel bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

General von Mudra †. Der bekannte Heerführer des Weltkriegs General der Infanterie v. Mudra ist am Samstag nachmittag in Bad Rippendorf bei Schwerin im 81. Lebensjahr an einem Herzschlag gestorben. Mudra, der seinen glänzenden militärischen Aufstieg im Berliner Gardes-Pionierbataillon begann und später wegen seiner militärischen Verdienste geadelt wurde, war einer der erfolgreichsten Organisatoren des alten Heers. Im Weltkrieg stand er an der Spitze des 16. Armeekorps. Sein Name ist mit den berühmten Leistungen der deutschen Pioniere während des Weltkriegs aufs engste verbunden, wie er überhaupt seine Lebensarbeit der Tätigkeit der Pioniere zugewandt hat.

Staatsminister v. Ebbell †. Im Alter von 76 Jahren ist der bekannte frühere preussische Innenminister (April 1914 bis August 1917) Friedrich Wilhelm v. Ebbell nach längerer Krankheit auf seiner Domäne in Brandenburg a. Havel gestorben. Januar 1920 wurde er zum Vorsitzenden des Reichsbürgerrats gewählt, der das politische Bürgerrecht ohne Unterschied der Partei und der Konfession zu einer Einheitsfront gegen den Sozialismus sammeln sollte. In dieser Eigenschaft gelang es ihm, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu gewinnen und diese Kandidatur zum Sieg zu führen.

Der verschwundene Seiffert. Direktor Seiffert von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz hat, wie ermittelt worden ist, am Freitag bei der Deutschen Bank einen Scheck auf 150 000 Mark vorgelegt und das Geld gleich an sich genommen. Er ist ohne Zweifel ins Ausland geflüchtet und zwar, wie die Polizei annimmt, wahrscheinlich in die Tschechoslowakei.

Frisslose Entlassung eines Direktors. Der Aufsichtsrat der Hannoverschen Waggonfabrik AG. (Hawa) in Hannover hat beschloffen, das erste Vorstandsmitglied der zahlungsunfähig gewordenen Gesellschaft, Konrad Schöttler, wegen persönlicher Verfehlungen frisslos zu entlassen. Größere Verluste dürfte die Hawa nicht erleiden, da sie sofort das gesamte Vermögen Schöttlers hat gerichtlich beschlagnahmen lassen.

Des Nautilus letztes Tauchen. Das Unterseeboot „Nautilus“, mit dem die Wilkinsche Expedition die Polarfahrt gemacht hat, wurde am 20. November von einem Bugierschiff des Bergener Hafens (Norwegen) zu seiner letzten Fahrt auf See geschleppt. Begleitet wurde es von Motor- und Ruderbooten mit Zuschauern. An der Fahrt nahmen u. a. teil der amerikanische Konsul in Bergen als Vertreter seines Landes und Professor Sverdrup. Auf hoher See wurde die amerikanische Flagge eingeholt; ein Matrose öffnete die Ventile, und im Verlauf einer halben Stunde versank das Schiff in die Tiefe.

Bergwerkunglück in England. In dem in der Nähe von Dancafter (Grafschaft York) gelegenen Ventley-Nohlenbergwerk traten am Freitagabend Schlagende Wetter ein. 24 Bergleute wurden getötet und 30 verletzt. Am Mittwoch stand die Grube in Flammen.

Die Volkszählung in Ostafrika am 18. November 1931 ergab eine Bevölkerungszahl von 1 035 154 gegen rund 750 000 im Jahr 1922.

Handel und Verkehr Die Marktlage

In das Buttergeschäft ist in der letzten Zeit ein etwas festiger Zug gekommen, so daß in den starken Preisrückgängen ein Stillstand eintrat. Die Marktlage ist aber nach wie vor recht ruhig geblieben. Die Verhältnisse auf den Auslandsmärkten wirken natürlich auf den deutschen Markt. Frankreich hat die Einfuhr zurückgeschlagen; England ist fast überschwemmt von australischer und neuseeländischer Butter, auch Südafrika liefert nunmehr nach England, allerdings zu gedrückten Preisen. Holland mußte demgemäß seine Preise ebenfalls herabsetzen, Dänemark konnte seine Preise zwar halten, hatte aber gegenüber des Ueberseewettbewerbes einen schweren Stand. Der Umstand, daß aus den östlichen Randstaaten keine großen Anlieferungen vorliegen, ermöglichte, daß die Inlandspreise sich in der Hauptsache halten konnten. Auf dem süddeutschen Markt war das Angebot mäßig; die Erzeugung ist hier noch nicht so stark angestiegen. Die Kempfener Notierung von 99—105 M blieb unverändert. Die nächsten Ausflüchten erscheinen aber unter dem Druck der ausländischen Preis-

Gegen Husten und Katarrh nur die bewährten Schorndorfer Lakritzen

das beste für Redner und Sänger. E. erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien.

Verhältnisse nicht sehr günstig, wenn auch die um diese Zeit gewöhnlich einsetzende Erzeugungsteigerung hinter dem normalen Maß zurückbleiben dürfte, da bei den gegenwärtigen ganz ungenügenden Erzeugerpreisen eine ausreichende Fütterung von Kraftfutter fast unmöglich ist.

Im Käsegeschäft blieb der Handel in Limburger weiterhin fest. Geringere Sorten wurden von den Schmelzern gern aus dem Markt genommen, und da, wie gesagt, die Milchzeugung bis jetzt nur unbedeutend zugenommen hat und andererseits ein Mangel an paktierter Ware besteht, da ferner vom Allgäu auch Verkäufe ins Ausland gemacht wurden, so war der Markt recht fest. Die Kempfener Notierung mit 24—26 M, wie bisher, entsprach wohl nicht mehr der tatsächlichen Preislage. Auch bei Emmentaler hat sich die Nachfrage gebessert, und die Vorräte besonders an Sekundäware sind so zusammengelassen, daß Preisverbesserungen möglich sind.

Die leichte Beruhigung, die im Eierhandel bereits in der Vormoche zu beobachten war, hat in letzter Woche weiter angehalten. Die Erzeugung dürfte nicht mehr viel zurückgehen, wenn nicht strenge Kälte eintritt; bei leichten Sorten ist bereits eine Erzeugungsteigerung festzustellen. Die Umsätze waren im allgemeinen ziemlich schleppend und die Verbrauchernachfrage nach Frischeiern hat etwas nachgelassen. Da in Kürze mit verstärktem Einlegen der Junghennenproduktion zu rechnen ist, und auch Küchenausware und Kaffee in größerem Umfang als bisher auf den Markt kommen werden, dürfte eine merkliche Befestigung kaum noch möglich sein. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die deutschen Eierpreise zurzeit durchschnittlich um etwa 5 % je Stück niedriger liegen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Bei den Schlachtviehmärkten kann man abgesehen der Auftrieb durchschnittlich geringer war als in der Vormoche, von einer Besserung nicht sprechen. Bestenfalls waren die Preise der Vormoche behauptet, vielfach, namentlich bei Schweinen, abrückte. Es ist ersprechend, wenn das Statistische Reichsamt die Großhandelsmehrzahl für Vieh aller Art vom 11. November 1931 auf 70,8 v. H. feststellte. Was also von dieser Warengattung vor dem Krieg zu 100 M verkauft wurde, muß jetzt trotz der ungenügender gesteigerten Steuerlast, trotz erhöhter Sozialabgaben und Arbeitslöhne, trotz enormer Verschuldung usw. um 70,80 M verkauft werden. Dagegen muß der Landwirt nach dieser Statistik die benötigten Verbrauchsgüter, Maschinen, Geräte usw. mit 134 Mark bezahlen statt 100 M vor dem Krieg. Wenn man sich dieses schreckliche Mißverhältnis vor Augen hält, dann braucht man sich über die beängstigende Notlage der Landwirtschaft nicht groß zu wundern.

Der Nürnberger Hopfenmarkt hatte eine Zufuhr von 250 Ballen und einen Umsatz von 380 Ballen zu verzeichnen. Alle Sorten zeigten feste Tendenz. Wahrscheinlich würde der Umsatz größer gewesen sein, wenn genügend Auswahl vorhanden gewesen wäre; es fehlte an Landzufuhren. Umlich wurden folgende Zentnerpreise notiert: Hallertauer Prima 50—70, Mittel 32—40, Tettmanger 70—75, 35—45, Spalter 50—60, 35—45, Gebirgshopfen (Hersbruder) 35—50, 25—30, Badische 50—55 M.

Berliner Pfundkurs, 21. Nov. 15,73 G., 15,78 B.

Berliner Dollarkurs, 21. Nov. 4,209 G., 4,217 B.

Reichsbankdiskont 8, Lombard 10 v. H.

Privatdiskont 8 v. H. kurz und lang.

Würtl. Silberpreis, 21. Nov. Grundpreis 40,20 RM. d. Ag.

13 Milliarden Reichsmark für Arbeitslose. Aus einer Uebersicht ergibt sich, daß seit Beginn des Jahres 1924 bis einschließlich Juli 1931, bis zu welchem Monat die amtlichen Nachweisungen gehen, die unmittelbaren Ausgaben Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum insgesamt fast 11 Milliarden Reichsmark betragen. Bis Ende des Jahres 1931 wird die Gesamtsumme 12 Milliarden übersteigen und bis zum Frühjahr 1932 an 13 Milliarden e r d e n R e i c h s m a r k herantommen. Hierbei sind die mittelbaren Kosten der Arbeitslosigkeit nicht mitgerechnet, die sich darstellen im Produktionsausfall und in der veränderten Kaufkraft der mittelbar und unmittelbar Betroffenen.

Tarifänderung. Das Lohnabkommen für die westfälische Webindustrie vom 6. November 1931 ist von Arbeitgeber- sowie von Arbeitnehmerseite zum 31. Dezember 1931 getündigt worden.

Berliner Getreidepreise, 21. Nov. Weizen märk. 22,70—23, Roggen 20—20,20, Braugerste 16,60—17,50, Futter- und Industrieerste 16,30—16,60, Hafer 14,70—15,20, Weizenmehl 28,50—32,50, Roggenmehl 27,15—29,12, Weizenkleie 10,50—11, Roggenkleie 10,50 bis 11.

Bremen, 21. Nov. Baumwolle Middl. Unts. Stand. loco 7,36.

Magdeburger Zuckerpreise, 21. Nov. Innerhalb 10 Tagen —, Nov. 31., —, Dez. 31., 50. Tendenz ruhig.

Berliner Metallmarkt, 21. Nov. Elektrolitkupfer prompt cif Nordseehäfen 65,50 d. 100 Kg.

M ä c h t e

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 21. Nov. Tafeläpfel 5—15; Tafelbirnen 5—20; Quitten 9—12; Walnüsse 25—30; Kartoffeln 4—5; Kopfsalat 5—10; Endivienalat 5—10; Wirbling 1 Pfd. 5—6; Filderkraut 3—4; Weißkraut 3—4; Rotkraut 5—6; Blumenkohl 20—50; Rosenkohl 10—20, 1 Pfd. 18—25; Rote Rüben 7—8; Gelbe Rüben 5—6; Karotten 6—10; Zwiebel 6—8; Gurken 20—50; Rettiche 3—8; Ronatsrettiche 7—8; Sellerie 6—20; Tomaten 25 bis 40; Schwarzwurzeln 30—35; Spinat 10—15; Kohlraben 4—6. Markenbutter 1,45, Teebutter 1. Qual. 1,40, Teebutter 2. Qual. 1,35 M. d. Pfund. Deutsche Frischeier (roter Stempel) 12, Landeier 11, Mittleier 9,25 Pf. d. St.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz, 21. Nov. Zufuhr: 20 Ztr., Preis 4—4,50 RM. für 1 Ztr.

Zwangsversteigerung.

Heute Montag, 23. Nov., nachmittags 3 Uhr, kommen hier öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

567 Flaschen versch. Weine und 1 Klavier.

Zusammenkunft am Pfandlokal.

Gerihtsvollzieher Lauder.

Billig zu verkaufen neues, sehr wenig gebrauchtes **Motor-Fahrrad** Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Nation. Frauendienst.

Montag nachmittag 3 Uhr „Kühler Brunnen“

Nach Baden-Baden Köchin

die mit der Hausfrau auch etwas Hausarbeit übernimmt, für 1. Dezember 1931 bei gutem Lohn **gelucht**. Zeugnisabschriften mit Bild unter Nr. 274 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die **Druckerei des Wildbader Tagblatt.**

Achtung!

Die Ausrüstung der Skifahrer erfolgt ab heute in der König-Karl-Straße 45 beim

Schi-Aberle

Was Sie für den Wintersport benötigen, finden Sie zu konkurrenzlosen Preisen in schönster Auswahl.

Touren-Ski für Erwachsene von Mk. 12.50 an.

Grundsollide Bedienung und fachmännische Beratung.

Besichtigung ohne Kaufzwang, sehr gerne gestattet. Gut geleitete Skiwerkstätte im Hause.

Ich bin gerade beim Ski-Richten! . . .

Est ist Zeit, jawohl — Wenn es „die Ihren“ auch nötig haben, lassen Sie es mich bitte wissen, wenn ich sie abholen kann.

Telefon 523. Telefon 523.

Sie dürfen mir ruhig Ihre Bretter anvertrauen, sie werden liebevoll behandelt zu mäßigen Preisen.

Ich heiße nicht umsonst

Schi-Aberle

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Jetzt Westf. 44, I.

Billige Ausnahme-Tage

Herren- und Damen-Bekleidung Bett- und Leinwände auf bequeme **Teilzahlung**



Langfristige DARLEHEN

zu nur 3 Prozent Zins auf Hypoth. zu Bau, Kauf, Umschuldung und zu anderen Zwecken über Sparvertrag (kurze Wartezeit) Schuldlos beim Tod.

Kresega, Kredit-Selbsthilfe, e.G.m.b.H. Konstanz 28

Generalvertreter: **Adolf Götsche**, Baumeister Hochdorf O.-A. Horb a. Neckar.

Bezirksvertreter und stille Vermittler überall gesucht.